

Gifhomer Wohnungsbau-Genossenschaft eG • Postfach 1165 • 38501 Gifhorn



1949 – 2024

Pressespiegel vom 15. Juli 2024



Gifhomer Wohnungsbau-Genossenschaft eG
Alter Postweg 36 • 38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 98 98-0
gwg@gwg-gifhorn.de

Bankverbindung
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg
IBAN: DE23 2695 1311 0011 0107 25
BIC: NOLADE21GFW

Volksbank eG BraWo
IBAN: DE27 2699 1066 3003 5580 00
BIC: GENODEF1WOB

Postbank Hannover
IBAN: DE59 2501 0030 0047 7403 01
BIC: PBNKDEFFXXX

Vorstand: Andreas Otto, Regine Wolters • **Aufsichtsratsvorsitzender:** Uwe Meyer • **Sitz:** Gifhorn • **Registergericht:** Hildesheim GenR. 100016

Städte fürchten um Bauprojekte

Das Errichten von Wohnungen auf alten Bahnflächen wird durch eine Gesetzesänderung erschwert

Von Matthias Arnold

Berlin. Eine neue Rechtslage macht wichtige Bauprojekte auf nicht mehr benötigten Flächen der Deutschen Bahn nahezu unmöglich. Das sieht jedenfalls der Deutsche Städtetag so. Der Bau Tausender Wohnungen stehe bundesweit auf der Kippe.

Seit einer Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes Ende vergangenen Jahres sind Bahnbetriebsflächen von „überragendem öffentlichen Interesse“. Nur wenn andere Projekte dieses Interesse überwiegen, dürfen die Flächen entsprechend anders genutzt werden. Der Bund will damit verhindern, dass Flächen der Bahn, die

später vielleicht doch noch gebraucht werden könnten, verkauft und bebaut werden. Schließlich leiden die Bahn und ihre Fahrgäste noch heute unter dem jahrzehntelangen Abbau des Schienennetzes. Doch die neuen Regeln legen die Hürden für jedes andere Vorhaben zu hoch, meint der Städtetag. Demnach könnten auf den Flächen jetzt nur noch Vorhaben realisiert werden, „die ebenfalls kraft eines Gesetzes im „überragenden öffentlichen Interesse“ sind“, schreibt der Verband unter Berufung auf das Eisenbahn-Bundesamt (EBA).

Das könnten Projekte zugunsten der Landesverteidigung, Wind- oder Solarprojekte oder be-

stimmte Bundesfernstraßenvorhaben sein. „Der Bau von Wohnungen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen gehören nicht dazu“, interpretiert der Städtetag die Angaben des EBA. Das könnte beispielsweise für Stuttgart zum Problem werden. Für das Gleisvorfeld des Hauptbahnhofs hat die Stadt noch keinen Entwidmungsantrag gestellt. Doch der Städtetag warnt vor Folgen auch über die Landeshauptstadt hinaus: Es „steht zu befürchten, dass zahlreiche Projekte – insbesondere auch Wohnungsbauvorhaben – zum Stillstand kommen werden“. Die Stadt Stuttgart kündigte an, sich nun mit anderen Betroffenen vernetzen und für die Gewährleistung von deren



Nicht nur in Stuttgart sollen Wohnungen auf Bahngelände entstehen.

FOTO: MARIJAN MURAT/DPA

Rechten einsetzen zu wollen. Grünen-Politiker Matthias Gastel erkennt das Problem an, befürwortet aber hohe Hürden für die neue Nutzung von Bahnflächen. „Wir werden als Grüne einer Bebauung des Gleisvorfelds nicht generell im Wege stehen“, teilte er mit. Zu einer neuerlichen Änderung des Eisenbahngesetzes sei seine Partei bereit.

Für Stuttgart wie auch anderswo muss es aber weiterhin harte Bedingungen für Entwidmungen geben: Freistellungen von Bahnbetriebszwecken dürfen dem Wachstum auf der Schiene nicht im Wege stehen. Ziel der Bundesregierung sei die Verdoppelung der Fahrgastzahlen bis 2030.

Aller-Zeitung, 15. Juli 2024

Warmer Frühling drückt Heizkosten – auch bei Gas und Öl

Von März bis Juni war es ungewöhnlich mild. Ein Segen für Kunden, denn sie mussten weniger heizen. Dennoch lohnt ein Blick gen Winter

Dominik Bath

Berlin. Die zum Teil sehr milden Temperaturen in diesem Frühjahr haben bei vielen Deutschen zu deutlichen Ersparnissen beim Betrieb ihrer Heizung geführt. Das geht aus einer Berechnung des Vergleichsportals Verivox hervor, die dieser Redaktion exklusiv vorliegt. Demnach sind die Heizkosten für Verbraucher in Deutschland zwischen März und Juni dieses Jahres deutlich gesunken.

Die Heizkosten für Gas gingen der Berechnung zufolge im Vergleich zum Vorjahr um 31 Prozent zurück, das Heizen mit Öl wurde um 15 Prozent günstiger. Laut dem

Deutschen Wetterdienst war das Frühjahr 2024 das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. Der Heizbedarf für einen Musterhaushalt im Einfamilienhaus sank zwischen März und Juni im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 19 Prozent, so Verivox.

Für die Berechnung des Heizbedarfs haben die Analysten die Gradtagzahlen des Deutschen Wetterdienstes herangezogen. Die Gradtagzahl wurde dabei für alle Tage berechnet, an denen die durchschnittliche Tagesaußentemperatur unter der Heizgrenztemperatur von 15 Grad gelegen hat. Der Musterhaushalt entspricht einer drei- bis vierköpfigen Familie in einem frei ste-

henden Einfamilienhaus mit einem Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden.

Die höheren Außentemperaturen im Frühjahr machten sich für viele Familien somit auch im eigenen Geldbeutel bemerkbar. Wegen des geringeren Heizbedarfs hatte eine Familie mit Gasheizung Kosten in Höhe von durchschnittlich 496 Euro. Das waren insgesamt 31 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

„Neben dem geringeren Heizbedarf sind auch die Gaspreise im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich gesunken“, sagte Thorsten Storck, Energieexperte bei Verivox, dieser Redaktion. „Im Frühjahr



Entspanntes Heizen: Der Bedarf sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 19 Prozent. DPA-TMN

2023 lag der durchschnittliche Gaspreis bei rund 14 Cent pro Kilowattstunde, in diesem Jahr liegt er bei knapp 11 Cent.“ Zuletzt seien die Gaspreise bei Neuausschluss aller-

dings wieder gestiegen. „Daher raten wir dazu, sich jetzt einen günstigen Gastarif für den kommenden Winter zu sichern.“

Auch Ölkunden hatten der Auswertung zufolge geringere Kosten – und das, obwohl die Heizölpreise im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht angestiegen waren. Die durchschnittlichen Heizkosten bei einer Ölheizung lagen bei 495 Euro, was einem Rückgang von 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Heizkosten für Gas und Heizöl lagen damit ziemlich genau gleichauf.

Dem Vergleichsportale zufolge kostete leichtes Heizöl im Frühjahr 2023 im Mittel noch rund 90 Euro

brutto pro Hektoliter. Im Frühjahr dieses Jahres waren es durchschnittlich rund 99 Euro, was einem Anstieg von rund zehn Prozent entspricht.

Generell haben sich die Energiepreise in Deutschland wieder beruhigt. Kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine im Februar 2022 waren die Preise für Öl, Gas und auch für Strom deutlich gestiegen. Die Bundesregierung versuchte zeitweise, mit Preisbremsen gegenzusteuern und zahlte auch eine einmalige Energiepreispauschale aus. Die Energiepreisentwicklung betrachten jedoch nach wie vor viele Deutschen mit Sorge.

Wolfsburger Nachrichten, 15. Juli 2024